2 Wesentliche Inhalte des Prüfungsberichts im Sinne von § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO

Nach § 114 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 43 Abs. 5 GemO hat der Oberbürgermeister den Gemeinderat (mindestens) über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts zu unterrichten. Mit der Bekanntgabe des folgenden Kapitels 2 kann dieser Informationspflicht genügt werden. Auf ein entsprechendes Verlangen ist jeder Gemeinderätin und jedem Gemeinderat Einsicht in den Prüfungsbericht zu gewähren. Zu den datenschutzrechtlichen Belangen u.a. siehe Kapitel 1 (Allgemeine Hinweise).

2.1 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Stadt

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt waren im **Prüfungszeitraum 2011 bis 2014** geordnet; die dauernde Leistungsfähigkeit und stetige Aufgabenerfüllung waren gewährleistet.

Die **Ertragskraft des Verwaltungshaushalts** war von den spürbar verbesserten Einnahmen aus der Gewerbesteuer, den konjunkturbedingten Zuwächsen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den zeitversetzten Wirkungen des kommunalen Finanzausgleichs geprägt, wobei der vor allem zuletzt kräftig angestiegene Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich belastete. Die Zuführungsraten an den Vermögenshaushalt haben im Prüfungszeitraum jahresdurchschnittlich 4,0 Mio. EUR betragen. Sie lagen damit deutlich über den Ergebnissen des vorangegangenen Prüfungszeitraums (2005 bis 2010) von jahresdurchschnittlich 1,8 Mio. EUR. Im überörtlichen Vergleich waren die Ergebnisse des Verwaltungshaushalts mit Ausnahme des Jahres 2014 allerdings unterdurchschnittlich.

Die **Investitionen und Investitionszuschüsse** mit einem stattlichen Gesamtvolumen von 39,4 Mio. EUR sind zu 90,6 % mit Eigenmitteln und zu 9,4 % mit Zuweisungen und Zuschüssen sehr günstig finanziert worden. Die Verschuldung der Stadt im Kämmereihaushalt konnte im Prüfungszeitraum von 7,8 Mio. EUR auf 6,1 Mio. EUR zurückgeführt werden. Sie lag am 31.12.2014 einwohnerbezogen um 152 EUR/Einw. oder ein Drittel unter dem Landesdurchschnitt. Unter Einbeziehung der Schulden des Eigenbetriebs Stadtentwässerung hat die **Gesamtverschuldung** der Stadt am 31.12.2014 mit 31,8 Mio. EUR (1.574 EUR/Einw.) dagegen um 22 % über dem Landesdurchschnitt gelegen. Hierin enthalten ist jedoch auch ein Trägerdarlehen der Stadt an den Eigenbetrieb Stadtentwässerung in Höhe von 9,5 Mio. EUR (471 EUR/Einw.). Der **allgemei-**

nen Rücklage sind (saldiert) 2,1 Mio. EUR zugeführt worden. Ihr Bestand hat zum Ende des Prüfungszeitraums 6,3 Mio. EUR betragen.

Nach dem vorläufigen Rechnungsabschluss 2015 sollen insbesondere Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer sowie den Zuweisungen, aber auch Einsparungen bei den Personal- und Sachausgaben zu einer gegenüber der Planung (0,1 Mio. EUR) bedeutend verbesserten Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 3,4 Mio. EUR führen. Anstatt der geplanten Entnahme aus der Rücklage von 1,5 Mio. EUR, soll eine bescheidene Zuführung von 52 TEUR erfolgen. Die vorgesehene Kreditaufnahme von 3,9 Mio. EUR musste aufgrund der hohen Grundstückserlöse im Vermögenshaushalt nicht vollzogen werden.

Nach dem Finanzbericht der Verwaltung vom 28.09.2016 soll der Verwaltungshaushalt im Jahr **2016** vor allem durch Mehreinnahmen bei der Gewerbe- und Vergnügungssteuer mit einem geringfügig positiven Ergebnis von 0,2 Mio. EUR abschließen. Nachdem sich zum Zeitpunkt der überörtlichen Prüfung weitere Ergebnisverbesserungen (z.B. geringere Personalausgaben) abgezeichnet haben, dürfte auch im Jahr 2016 eine positive Nettoinvestitionsrate erwirtschaftet worden sein. Die im Vermögenshaushalt vorgesehene Darlehensaufnahme von 2,3 Mio. EUR sollte aufgrund der weiterhin erfreulich hohen Nachfrage nach Bau- und Gewerbestandstücken nicht benötigt werden.

Für die **Jahre 2017 bis 2019** wird von einer unzureichenden Leistungskraft des Verwaltungshaushalts ausgegangen (negative Nettoinvestitionsraten). Dabei würde (mit Ausnahme von 2017) der weiter steigende Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich nicht durch Mehreinnahmen bei den Nettosteuerereinnahmen kompensiert werden können.

Dessen ungeachtet sollen im **Finanzplanungszeitraum 2015 bis 2019** insgesamt 59,1 Mio. EUR investiert werden. Die bislang unterdurchschnittliche Verschuldung des Kämmereihaushalts würde bei einer vorgesehenen Kreditfinanzierungsquote¹ von 23 % von 6,1 Mio. EUR bzw. 303 EUR/Einw. sprunghaft auf 16,7 Mio. EUR bzw. 816 EUR/Einw. bis Ende 2019 anwachsen und damit den finanziellen Handlungsspielraum durch hohe Zins- und Tilgungsleistungen merklich einschränken.

¹ Hierin ist bereits die Nichtaufnahme der Darlehen in den Jahren 2015 und 2016 berücksichtigt.

Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten; sie ist in Anbetracht der Risiken im Steuer- und Umlagenbereich (u.a. konjunktur- und arbeitsmarktabhängige Entwicklung der Steuereinnahmen, Unwägbarkeiten im kommunalen Finanzausgleich) schwer einschätzbar und anhaltend risikobehaftet. Insgesamt gesehen gilt es, dem prognostizierten Zuwachs beim Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich entschieden entgegenzuwirken. Die künftige Investitionstätigkeit sollte verstärkt an der Finanzierbarkeit durch Eigen- und Fördermittel ausgerichtet werden. Mit Blick auf die voraussichtliche Verschlechterung der Haushaltsstruktur sind auch die Belastungen durch Folgekosten zu berücksichtigen. Den Pflichtaufgaben und dem Substanzerhalt der bestehenden Einrichtungen sollte Vorrang eingeräumt werden.

(Rdnrn. 1 bis 9)

Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs waren im **Prüfungszeitraum 2011 bis 2014** geordnet. Die noch zu Beginn des Prüfungszeitraums bestehende Unterfinanzierung des langfristigen Vermögens von 164 TEUR hat sich zum Stichtag 31.12.2014 in eine Überfinanzierung von 768 TEUR gewandelt. Es sind Gewinne von insgesamt 1,6 Mio. EUR erwirtschaftet worden. Die Ergebnisse und die bilanzielle Überfinanzierung des langfristig gebundenen Vermögens (u.a. ergebnisbedingte Erhöhung des Eigenkapitals) waren allerdings dadurch beeinflusst, dass für ausgleichspflichtige Kostenüberdeckungen keine Rückstellungen gebildet worden sind. Die Verschuldung hat sich weiter erhöht und soll bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums nochmals stark ansteigen.

(Rdnrn. 72 und 73)

2.2 Wesentliche Feststellungen der Prüfung

Vorbemerkung

Die auf ausgewählte Schwerpunkte (Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung, Personalwesen, Gebäudemanagement, Zentrale Dienstleistungen, Straßenbaufinanzierung, Fremdenverkehr, Eigenbetrieb Stadtentwässerung) und auf Stichproben beschränkte, überörtliche Prüfung hat ergeben, dass die Verwaltung in den geprüften Bereichen insgesamt ordnungsgemäß und sachgerecht gearbeitet hat. Die nachfolgend in Kurzform aufgeführten wesentlichen Ergebnisse der Prüfung schmälern diesen Gesamteindruck nicht.

Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung

Einige Dienstabweisungen sind zu aktualisieren. (Rdnrn. 13 und 16)

Das Belegwesen ist in einigen Punkten zu verbessern. (Rdnr. 17)

Feststellungen ergaben sich hinsichtlich der Abwicklung des fremden Kassengeschäfts Zweckverband Hochwasserschutz Böllinger Bach. (Rdnrn. 19 bis 21)

Von der Vollziehung ausgesetzte Forderungen waren unzutreffend im Einnahme-Soll der Haushaltsrechnung ausgewiesen. (Rdnr. 29)

Personalwesen

Die Übertragung von Urlaubsansprüchen mehrerer Bediensteter entsprach nicht den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen. (Rdnr. 43)

Mehrarbeitsvergütungen sind ohne Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ausbezahlt worden. (Rdnr. 44)

Bei einigen Beschäftigten der Entgeltgruppe 2 TVöD sind die besonderen Stufenlaufzeiten nicht beachtet worden. (Rdnr. 48)

Regelmäßig gewährte pauschalisierte Entgeltbestandteile sowie außertarifliche Leistungen sind dem Grund und der Höhe nach zu überprüfen, vertraglich festzulegen und vom zuständigen Organ zu beschließen. (Rdnr. 49)

Beschaffungs- und Vergabewesen

Beim Erwerb beweglicher Sachen ist die Einhaltung der Vergabevorschriften zu dokumentieren. (Rdnr. 57)

Ver- und Entsorgung

Mit einem Energieversorger ist ein Fernwärmegestattungsvertrag geschlossen worden, ohne die Verfahrensvorschriften und Vorlagepflichten zu beachten. (Rdnr. 58)

Erschließungsbeiträge

Bei der Ablösung von Erschließungsbeiträgen sind die kommunalabgabenrechtlichen Vorschriften nicht immer vollumfänglich beachtet worden. (Rdnr. 60)

Fremdenverkehr

Die Kurtaxesatzung ist zu überarbeiten und die Kurtaxe satzungskonform und verwal-
tungsverfahrenrechtlich ordnungsgemäß festzusetzen; die Erhebung des Fremden-
verkehrsbeitrags durch die Bad Rappenauer Touristikbetrieb GmbH ist rechtlich unzu-
lässig. (Rdnrn. 65 bis 71)

Eigenbetrieb Stadtentwässerung

Die gebührenrechtlichen Ergebnisse für die Bemessungszeiträume 2014 und 2015
sind noch nicht ermittelt worden. (Rdnr. 77)

Die gebührenrechtlichen Überdeckungen sind bilanziell nicht sachgerecht abgebildet
worden. (Rdnr. 78)